

Presseinformation

Ausstieg der Bürgerinitiativen gegen Ortsumgehung und des BUND bedauerlich, aber das Verfahren geht weiter: Am 30.8. wird eine Lärmbetroffenheitsanalyse präsentiert

Darmstadt, 26.6.2013: Der Ausstieg der Bürgerinitiativen gegen die Ortsumgehung und des BUND aus der Begleitgruppe ist bedauerlich. Sie haben wichtige Argumente eingebracht und dazu beigetragen, dass die Veranstaltungen und die Veröffentlichungen des Beteiligungsverfahrens ausgewogen und allparteilich waren.

Jetzt ist das Verfahren auf der Zielgeraden: In der Sommerpause wird die Abstimmungszeitung erarbeitet und es wird eine öffentliche Veranstaltung Ende August geben, in der wiederum das Thema Lärm im Mittelpunkt stehen wird. Die Argumente der Bürgerinitiativen und des BUND werden auch ohne deren Mitarbeit in der Abstimmungszeitung berücksichtigt.

Müsste man sich nicht viel mehr um das Lärmthema kümmern, als um die Ortsumgehung?

In der Tat, genau dies ist eine zentrale Erkenntnis der ersten Bürgerinformationsveranstaltung gewesen. Die Aussage „Waren hat ein Lärmproblem, kein Verkehrsproblem“ ist eine Überschrift in der Dokumentation dieser Veranstaltung, die allen Haushalten am kommenden Wochenende zugehen wird. Die Stadt Waren und das Land haben zugesagt, sich intensiv weiter um Lärmreduzierung in der Innenstadt zu kümmern – unter Beteiligung der Bürgerschaft. Die Begleitgruppe hat sich klar dazu bekannt, dass daran weiter gearbeitet werden soll. Und bis Ende August wird eine Lärmbetroffenheitsanalyse erstellt, die zeigt, wie sich die Belastung ändern kann – mit und ohne Ortsumgehung. Dass die Lärmentlastung durch eine Ortsumgehung nicht so hoch ist, wie gedacht, ist durch die Beteiligung offenkundig geworden – und hat viele Anwohner der heutigen B192 ernüchtert.

Müsste man das Bürgervotum nicht verschieben oder ganz absagen?

Als Moderationsbüro haben wir von Beginn an viele Anstrengungen unternommen, um die ausbaukritischen Bürgerinitiativen und den BUND mitzunehmen. An einem Punkt aber war dies nicht möglich. Man forderte, das Bürgervotum abzusagen oder auf einen Zeitpunkt jenseits der Bundestagswahl zu legen. Begründung: Am 22.9. bestehe die Gefahr, dass eine Vielzahl unzureichend informierter Bürger mit abstimme – und dies einem „qualifizierten Bürgervotum“ widerspreche. Dieses Thema haben wir als Moderation mehrfach zur Diskussion gestellt. In einem Meinungsbild in der



Begleitgruppe fand die Forderung der Ausbaukritiker keine Mehrheit. In den öffentlichen Veranstaltungen zeigten Befragungen, dass eine deutliche Mehrheit die Abstimmung am 22.9. positiv sieht. Das Ministerium beharrte auf dem Termin, da ihm eine hohe Beteiligung wichtig ist: „Demokratie bedeutet, dass jeder, der will, auch abstimmen kann.“ so Dr. Wulforth vom Ministerium. Um den Bedenken der Kritiker, dass die Menschen ohne groß zu überlegen auch beim Bürgervotum ihr Kreuz machen würden, entgegen zu kommen, wird nun sichergestellt: Das Bürgervotum wird organisatorisch von Bundestags- und Bürgermeisterwahl stattfinden. Jeder Wähler wird explizit gefragt, ob er zusätzlich auch am Bürgervotum teilnehmen will.

Wissen die Warener genug, um abstimmen zu können?

Hier sagen die ausbaukritischen Bürgerinitiativen und der Vertreter des BUND, dass die Erkenntnisse des Bürgerdialogs nicht ausreichend bekannt würden. Auf Wunsch dieser Gruppen finanziert die Bertelsmann Stiftung die Verteilung der Erkenntnisse der öffentlichen Veranstaltungen flächendeckend an alle Haushalte. Die relevanten Erkenntnisse sind über die Presse deutlich kommuniziert worden - zuletzt die Aussage, dass eigentlich nur noch die Brücke über den Tiefwareensee „im Rennen“ ist. Seitdem weiß der Zeitungsleser: Wenn ich mit „JA“ Stimme, dann wird es – wenn überhaupt – dann sehr wahrscheinlich irgendwann diese Brücke. Dennoch ist klar: Man kann die Menschen nicht dazu zwingen, sich schlau zu machen. Aber das ist bei jeder politischen Wahl so ...

Will das Land eine Legitimierung für die Aufnahme der Ortsumgehung Waren in den Bundesverkehrswegeplan ableiten?

Das bräuchte das Land nicht. Diese Anmeldung erfolgt auf landespolitischer Ebene, dazu muss man die Warener nicht fragen. Aber weil dem Land bewusst ist, dass die Entscheidung in Waren strittig ist, hat es ein Bürgervotum angeboten. Wollte das Land, dass der Straßenbau eine sichere Mehrheit bekommt, hätte es landesweit abstimmen lassen, damit auch die Menschen in Schwerin und in Neubrandenburg mit machen, die mit der Ortsumgehung schneller durchs Land fahren können.

Ist das Bürgervotum nicht eigentlich rechtlich fragwürdig und scheindemokratisch?

Das Ministerium hat das prüfen lassen: Das Votum ist rechtlich einwandfrei. Und es folgt den Vorschlägen z.B. des BUND (auf Bundesebene) und der Verbände, die mehr direkte Demokratie fordern.

Schlussbemerkung der Moderation

Menschlich können wir nachvollziehen, wie es zum Ausstieg der kritischen Gruppen gekommen ist. Sie treibt die Sorge um, „sich vor einen Karren spannen zu lassen, der am Ende zu einer Brücke über den Tiefwareensee führt“ (Aussage eines Vertreters einer Initiative). Dagegen spricht aber unsere Erfahrung auch aus vielen anderen Verfahren der Bürgerbeteiligung: Das Votum ist für die Kritiker die Chance, die Planung zu stoppen. Ohne Votum würde die Planung weitergeführt.

Wir bedauern den Ausstieg der Bürgerinitiativen gegen eine Ortsumgehung und des BUND. Wir sind uns aber sicher, dass – auch aufgrund der bisherigen engagierten Mitarbeit dieser Gruppen – alle Argumente auf dem Tisch liegen. Wir werden weitermachen und mit der Begleitgruppe die Informationen für die Warener aufbereiten. Damit es am 22.9. eine informierte Abstimmung gibt. Bis dahin halten wir die Tür für die kritischen Initiativen offen.

Dr. Christoph Ewen



Auftraggeber
Ministerium für Energie,
Infrastruktur und Landesentwicklung
Mecklenburg-Vorpommern

Moderationsteam
Carla Schönfelder
team ewen
cs@team-ewen.de
www.team-ewen.de

Geschäftsstelle
Elfi Mahr
T 06151 - 950 485-0
em@team-ewen.de

Adresse
Ludwigshöhstraße 31
64285 Darmstadt
T 06151 - 950 485-0
F 06151 - 950485-10